

Kotr  KompaKT



Ausgabe 1/2020

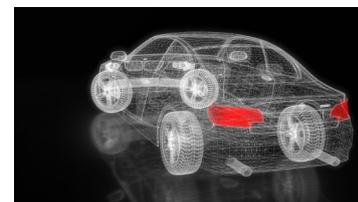
Rechtsbeugung im Deutschen Bundestag durch Bundestagspräsidentin Claudia Roth

Berlin 28.06.2019: Rechtsbeugung im Deutschen Bundestag durch Bundestagspräsidentin Claudia Roth: Die Alternative für Deutschland hatte vor einer wichtigen Abstimmung zum Datenschutzrecht die Beschlussfähigkeit des Parlamentes angezweifelt. Wie unschwer zu erkennen, waren weniger als die Hälfte der Bundestagsabgeordneten anwesend. Das Präsidium, allen voran dessen Vorsitzende, Frau Roth, bestand ausdrücklich auf vermeintliche Beschlussfähigkeit. Die Politikerin der Grünen bewies damit einmal mehr, wie ungeeignet sie für dieses Amt ist.



Bundestagsdebatte vom 26.11.2019 – Bundesminister attestiert Steffen Kotr , sich für die deutsche Automobilindustrie einzusetzen

Peter Altmaier, Bundesminister für Wirtschaft und Energie: „Aber wir setzen natürlich auch auf Elektromobilität, weil die deutsche Automobilindustrie, und das verschweigen Sie, Herr Theurer, in jeder Ihrer Reden, auch Herr Kotr , der sich immer für die Automobilindustrie einsetzt, sagt es nicht, dass die deutsche Automobilindustrie von Daimler bis VW, und von Ford bis Audi und von Opel bis Mercedes...  h bis BMW, dass Sie alle sagen: Es wird nicht möglich sein, die Klimaziele der Europäischen Union in den nächsten Jahren einzuhalten, wenn wir nicht einen bedeutenden Anteil von Elektroantrieben als alternative Antriebe auf die Straße bringen.“



Deutsche Wirtschaft in fremder Hand

Der Ausverkauf der deutschen Wirtschaft hat erschreckende Ausmaße angenommen. Nur noch rund 15 Prozent der Dax Konzerne, also das Rückgrat unserer heimischen Wirtschaft, wird von Deutschen kontrolliert (Die Welt: „Dax in ausländischer Hand“; 26.04.2018). In den Chefetagen regieren Ausländer, denen Arbeitsplätze und der Standort Deutschland egal sind. Das bleibt nicht ohne Folgen: Gewinne werden ins Ausland verlagert oder Arbeitsplätze ohne Hemmungen gestrichen. Deutsche haben in unserem Land immer weniger zu sagen.



Am 14.10.2019 titelte der Deutschland Kurier:

„Eklat im Bundestag: Grünen-Abgeordneter Sarrazin diffamiert AfD vor Botschafter als »Nazis«“

Der Vorsitzende der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe Manuel Sarrazin (Grüne) hat bei einem Treffen mit dem polnischen Botschafter Andrzej Przyłębski am 15. Mai 2019 die AfD als »antipolnisch« und »Nazis« bezeichnet. Die Partei hat sofortige Beschwerde beim Bundestagspräsidenten eingelegt und fordert die Absetzung Sarrazins vom Posten des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe.

Dazu Steffen Kotré:

„Scheinbar denkt Herr Sarrazin, dass er mit seinem Nachnamen bei seinen Parteifreunden irgendetwas kompensieren muss. Leider schießt er dabei weit über das Ziel hinaus. Wieder einmal beweisen die Grünen, dass sie weder staatstragend, noch verantwortungsvoll agieren können und wollen. Sarrazin sollte der Vorsitz der deutsch-polnischen Parlamentariergruppe entzogen werden. Die deutsch-polnischen Beziehungen sind zu wichtig, als dass man sie solchen geistigen Brandstiftern überlassen könnte.“



Quelle: <https://www.deutschland-kurier.org>



Quelle: <https://www.deutschland-kurier.org>

Neue Erkenntnisse bei Sigmar Gabriel

Während einer Rede am 30.11.2019 vor der Freien Akademie der Künste in Hamburg kritisierte der ehemalige SPD-Parteichef Sigmar Gabriel erneut seine Partei und deren »Politik für Minderheiten« sowie das fehlende soziale Profil seiner Partei. Zudem erklärte er, die derzeitige Arbeiterpartei Deutschlands sei die AfD. Für Sigmar Gabriel rückt die AfD in der Wertschätzung der Arbeiterschaft an die Stelle der SPD. Der frühere SPD-Chef lässt außerdem kein gutes Haar an den wirtschaftspolitischen Vorstellungen des neuen SPD-Spitzenduos Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans.

Veranstaltung der Desiderius-Erasmus-Stiftung traf in Stormarn auf großes Interesse

3. August 2019: „Eine gelungene Veranstaltung - ich komme gerne wieder.“

Veranstaltung der Desiderius-Erasmus-Stiftung traf in Stormarn auf großes Interesse

Die Veranstaltung der Desiderius-Erasmus-Stiftung am 3. August 2019 traf im Kreis Stormarn in Schleswig-Holstein auf großes Interesse. Rund einhundert Zuhörer waren – trotz Ferienzeit – teilweise sogar aus anderen Bundesländern angereist, um die drei hochkarätigen Vorträge anzuhören. Unter dem Motto des Tages „Wer soll das bezahlen?“ referierten die Bundestagsabgeordneten Steffen Kotré und Uwe Witt sowie das Vorstandsmitglied der Erasmus-Stiftung, Dr. Stefan Sellschopp, in Fachvorträgen über unterschiedliche Themengebiete.



Steffen Kotré, Energiepolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, zeigte in seinem Vortrag auf, welche Ursachen dazu geführt haben, dass in Deutschland die Strompreise deutlich stärker gestiegen sind als in anderen Ländern. Dabei kritisierte er insbesondere das Vorhaben der Bundesregierung, den folgeschweren Umstieg auf erneuerbare Energien fortzuführen. Photovoltaik und Windenergie seien unkalkulierbar, astronomisch teuer und letztlich ist dadurch die Stabilität des Stromnetzes insgesamt in Gefahr. Aufgrund dieser ideologiegetriebenen Pläne sei die deutsche Energiepolitik mittlerweile eine Planwirtschaft.

Die Veranstaltung wurde gemeinsam von der Erasmus-Stiftung (Bund) und der Desiderius-Erasmus-Stiftung (Schleswig-Holstein) organisiert. Die Erasmus-Stiftungen sind die jüngsten politischen Stiftungen Deutschlands und stehen ideell der Alternative für Deutschland nahe. Sie agieren unabhängig und selbständig.

Energiewende gefährdet Versorgungssicherheit und destabilisiert die deutsche Industrie

Steffen Kotré: Seit langem warne ich vor den negativen Auswirkungen der sogenannten Energiewende. Nun schlägt die IG Metall NRW in die gleiche Kerbe und stellt fest, dass Industriearbeitsplätze gefährdet sind.

Im Jahr 2018 behinderten 18 Blackouts und Stromabschaltungen die Produktion an den deutschen Standorten des Aluminiumproduzenten Hydro.

Sollte der Strom einmal für mehrere Stunden ausfallen, sind die Anlagen langfristig nicht mehr zu gebrauchen. Darüber hinaus liegt die Hauptlast des Unternehmens mittlerweile bei den Energiekosten. Der Standort Deutschland wird somit immer unattraktiver.

Man erkennt, dass die sogenannte Energiewende ein planloses Konstrukt ist. Sie gefährdet die Versorgungssicherheit und somit die Grundlage moderner Industrie. Der Chef der IG Metall NRW, Knut Giesler, stimmt dem zu, wenn er sagt: „Wir benötigen einen sauberen Plan für die Energiewende. Den sehe ich im Augenblick nicht.“



Quelle: Bildzeitung

GroKo bereitet sich auf Mega-Blackout vor

So titelte die Bildzeitung am 5. Dezember 2019:

Das THW bekommt 33,5 Millionen Euro für die Anschaffung von 670 „50 kVA-Notstromaggregaten“ – zur Ausrüstung der Ortsverbände in Deutschland.

Begründung laut BMI: „Vor dem Hintergrund des THW-Rahmenkonzeptes und der Gefahr eines großen Blackouts ist eine derartige Ausstattung der Ortsverbände dringend geboten.“

BBK-Chef Christoph Unger (61) macht den Ernst der Lage klar: „Großflächige langanhaltende Stromausfälle sind ein plausibles Szenario und müssen im Rahmen der Notfallplanungen und der präventiv zu ergreifenden Maßnahmen berücksichtigt werden.“

Steffen Kotré, Energiepolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion:

„Schon vor dem Einzug in den Bundestag hatte die AfD vor der Gefahr eines Blackouts gewarnt. Der unverantwortliche Ausstieg aus Atom- und Kohleenergie - bei gleichzeitiger Unterdeckung durch sogenannte erneuerbare Energien - setzt uns größten Risiken aus.“

„Dieselmord im Öko-Wahn“: AfD-Fraktion startet Doku-Offensive im TV-Format

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag startet eine neue Medienoffensive und veröffentlichte im September 2019 den ersten Film einer Dokumentationsreihe im TV-Format. Ziel der Reihe ist es, parlamentarische Initiativen der AfD-Fraktion mit gut recherchierten Fakten zu begleiten.

Für den fünfzigminütigen ersten Film der Doku-Serie mit dem Titel: „Dieselmord im Öko-Wahn“ war das Medienteam der AfD-Fraktion im In- und Ausland unterwegs, um den Kampf gegen den Diesel und seine Auswirkungen zu dokumentieren.

Hier das Video in voller Länge:

https://www.youtube.com/watch?v=_Ujz8DWbuK8

DIESELMORD IM ÖKOWAHN
Wie Ideologie Wohlstand & Arbeitsplätze vernichtet



Steffen Kotré – Bundestagsrede (29.06.2019): „Energieeinsparung darf nicht staatlich verordnet werden!“

Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren,

im vorliegenden Gesetzentwurf soll ein Bürokratiemonster vereinfacht werden.

Wir haben es hier grundsätzlich mit einem falschen System zu tun und wenn wir innerhalb dieses Systems etwas ändern, wird es dadurch insgesamt nicht unbedingt besser. Sogenannte Energieaudits und Energieeffizienzmaßnahmen vom Staat vorzuschreiben, bringt rein gar nichts.

Unternehmen und Haushalte müssen selber entscheiden dürfen, ob, wo bzw. an welcher Stelle sie Energie einsparen wollen. Die vorgeschriebenen Energieberater sollten sich am Markt bewähren müssen; sie sollten nicht ihre Kunden frei Haus geliefert bekommen, sozusagen verpflichtend. Denn selbstverständlich gibt es hier wie überall drastische Qualitätsunterschiede.

Warum es diese gibt? Weil bei staatlich verordneten Energieberatern der Markt ausgesetzt und etwas planwirtschaftlich vorgeschrieben wird. Die Branche der Energieberater macht sehr gute Arbeit. Aber wenn Kunden zwangsweise eine Dienstleistung erwerben müssen, wird es sicherlich wie überall schwarze Schafe geben, die sich nicht entsprechend weiter qualifizieren. Genau das passiert, wenn man den Markt nicht wirken lässt, sondern planwirtschaftlich eingreift. Wie ich bereits erwähnte, müssen Unternehmen eigenständig entscheiden dürfen, wie sie agieren. Denn was geschieht durch diese Maßnahmen, die aufoktroiert werden? Sie werden eingepreist und die Folge sind teurere Produkte für den Verbraucher.

Auf der anderen Seite haben wir mittlerweile derart hohe Energiepreise, dass Unternehmen eigenständig Ideen entwickeln, energieeffizient und somit kostensparend zu wirtschaften. Demzufolge brauchen wir an dieser Stelle kein neues Bürokratiemonster. Und wenn die Bundesregierung es ehrlich meinte mit einem Abbau der Bürokratie, könnten derlei Bestimmungen ersatzlos gestrichen werden.

Denn die Angst vor einem Marktversagen ist an dieser Stelle definitiv unbegründet! Wohin das Ganze führt, sieht man bereits am Quasiverbot der Glühlampe, einer Maßnahme, die völlig irrsinnig ist. Warum darf ein Kunde nicht eigenmächtig entscheiden, ob er eine Glüh- oder eine Halogenlampe kauft? Weiterhin sehen wir auf EU Ebene diverse skurrile Blüten solcher Vorhaben: Bestes Beispiel: „Wieviel Watt darf ein Staubsauger haben?“ Und hier ist noch nicht das Ende der Fahnenstange erreicht! All das sind Dinge, die mit Marktwirtschaft nicht das Geringste zu tun haben! Die nichts mit unserem Verständnis von Freiheit, von Konsumentensouveränität zu tun haben! Aus diesem Grunde wäre die Bundesregierung gut beraten, 1) Anlage 16 dieser ganzen Bestimmungen ersatzlos zu streichen, statt weiterhin an diesem Gesetz herumzudoktern.“

Die komplette Rede unter: <https://steffenkotre.de/category/reden/>

Steffen Kotré - Bundestagsrede vom 04.11.2019

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

also, Ihre übereilten Anträge sind schon der Gipfel der Unverfrorenheit! Sie, liebe Abgeordnete der Linken und Grünen, sind dafür verantwortlich, dass die Strompreise hier durch die Decke schießen, (Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was für ein Blödsinn! – Canan Bayram[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch überhaupt keine Ahnung!)

nämlich aufgrund der Energiewende, durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz und durch den überbeuerten Strom aus Wind und Sonne.

(Beifall bei der AfD)

Genau das sind die Ursachen für die immense Verteuerung unserer Energieversorgung.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Absoluter Blödsinn! Wenn man es richtig machen würde, würden die Strompreise sinken! – Canan Bayram [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch gar keine Ahnung!)

Und dann stellen Sie sich hier hin und beklagen eben diese hohen Strompreise. Diese Anträge sind der blanke Hohn! Die AfD-Fraktion hat schon lange darauf hingewiesen, dass die Strompreise durch die Decke schießen, und sich der kleine Mann in Deutschland eine gute und ausreichende Energieversorgung fast nicht mehr leisten kann.

(Sven Lehmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie wollen Atomstrom zurück!)

Deutschland hat mit Dänemark zusammen die höchsten Strompreise weltweit. Wir packen also die Stromsteuer noch obendrauf, zusätzlich noch die Umsatzsteuer auf die Ökosteuer und heraus kommt einer der weltweit höchsten Strompreise. Woran liegt das nun? Das hatte ich eingangs bereits skizziert: Es liegt daran, dass wir unsere Stromversorgung planwirtschaftlich umbauen.

(Markus Kurth [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Reden Sie zum Thema)

Die komplette Rede unter: <https://steffenkotre.de/category/reden/>



Steffen Kotré – Bundestagsrede (29.06.2019): „Grüne und Co. haben eher einen Notstand an gesundem Menschenverstand!“

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

Herr Lämmel, ich habe meine Krawatte jetzt nicht auf Öko geprüft; aber ich halte das auch nicht für so notwendig.

„Klimanotstand“: Wir haben keinen Klimanotstand. Das Klima wird sich so oder so weiterbewegen; es wird so oder so weiter existieren. Wir haben eher einen Notstand an gesundem Menschenverstand.

(Beifall bei der AfD – NiemaMovassat (DIE LINKE): Da sind Sie ja Experte!)

Das vielleicht mal vorweggenommen.

Kommen wir mal zum Kohleausstieg. Dass der Kohleausstieg volkswirtschaftlich schädlich ist, haben wir bereits des Öfteren erwähnt. Dass die halbe Welt über uns lacht, weil wir aus der Kohle aussteigen, sei hier an dieser Stelle noch einmal betont. Aber interessant ist doch die Geschichte, wie wir dazu gekommen sind. Vor zwei Jahren hat niemand aus der CDU/CSU überhaupt daran gedacht, aus der Kohle auszusteigen. Noch vor fünf Monaten hat der bayerische Ministerpräsident Söder gesagt: Um Gottes willen, 2038 aus der Kohle auszusteigen, das ist zu risikoreich; da wäre unsere Energieversorgung gefährdet. – Natürlich hat er das zu Recht gesagt. Und plötzlich ist alles anders? Sind jetzt etwa neue Erkenntnisse gekommen? Das ist natürlich nicht der Fall.

(Dr. Anton Hofreiter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Im Gegensatz zu Ihnen hat er etwas gelernt!)

Wir sehen hier eine Politik, die eher ihre eigenen Interessen opfert, als hier ehrlich zu argumentieren. Wenn Herrn Ministerpräsident Söder jetzt die „Greta-Manie“ befallen hat, dann empfehle ich ihm einfach mal bei Harry Potter anzuklopfen. Der hat so einen Zauberstab. Der macht dann aus volatilem Windstrom stabile Leistungen, und der macht dann auch, dass in der Nacht die Sonne scheint. Das ist aber eben nur Harry Potter und die Realität sieht anders aus.

Die komplette Rede unter: <https://steffenkotre.de/category/reden/>



Steffen Kotré – Bundestagsrede (10.09.2019): „Energiewende ist umweltpolitische Augenwischerei!“

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Frau Präsidentin, nein, Herr Westphal, die Energiewende ist kein Feuerwerk an Chancen,

(Bernd Westphal [SPD]: Für euch nicht!)

sondern ein Feuerwerk an Verbrennung von volkswirtschaftlichen Ressourcen. (Beifall bei der AfD)

Herr Linnemann, Sie sagen, dass wir nur einen Anteil von zwei Prozent am weltweiten CO₂-Ausstoß haben. Das ist richtig. Das ist unser Reden. Wir kriegen das nicht hin, wenn nur wir in Deutschland dafür unsere Industrie schreddern.

(Andreas Mattfeldt [CDU/CSU]: Mit Ihnen kriegen wir noch nicht einmal Signale hin!)

Richtig ist: Wir müssen die industriellen und innovativen Bereiche voranbringen, damit wir CO₂ anders behandeln; wenn Sie denn CO₂ als Teufelszeug sehen möchten. Das wäre der richtige Ansatz. Nichts Anderes sagen wir. (Beifall bei der AfD)

Im vorliegenden Haushaltsentwurf finden wir wieder Subventionen für die Markteinführung von E-Mobilität. Aber wie alle Marktwirtschaftler wissen: Subventionen für die Markteinführung alter Technik sind schädlich. Das ist schädlich für die Wirtschaft und hinausgeworfenes Geld. Darüber hinaus zerstört die E-Mobilität im Zusammenhang mit dem Lithiumabbau für die Herstellung von Batterien die Lebensgrundlage zum Beispiel der indigenen Bevölkerung in Südamerika. Die Förderung einer Tonne Lithium bedarf 1 Million Liter Wasser, das verdunstet, also nicht mehr da ist. Der Grundwasserspiegel sinkt und Flüsse und Feuchtgebiete trocknen aus. Es kommt zu Wasserknappheit in den entsprechenden Gemeinden vor Ort. Darüber hinaus ist die Abbautechnologie mit Bodenkontamination und verseuchtem Trinkwasser verbunden. Das alles ist mit dem Lithiumabbau vor Ort in Südamerika verbunden. Das zerstört die dortige Lebensgrundlage für die Viehzucht. Lamas kommen behindert zur Welt, sterben frühzeitig. Wenn ich an dieser Stelle ein Zitat eines Vertreters der betroffenen Indigenen bringen darf:

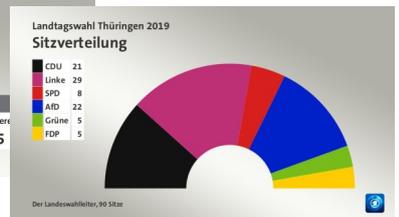
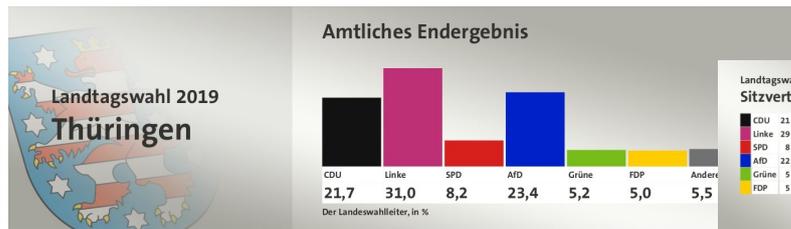
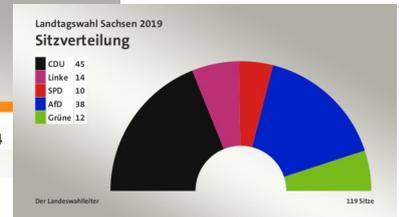
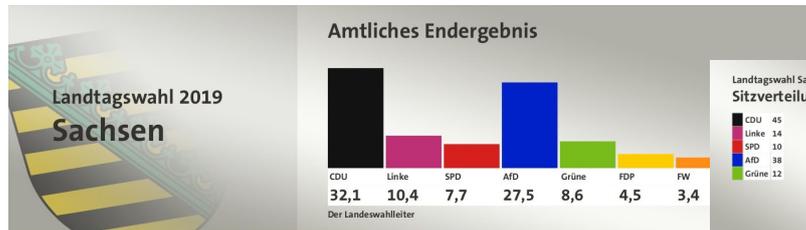
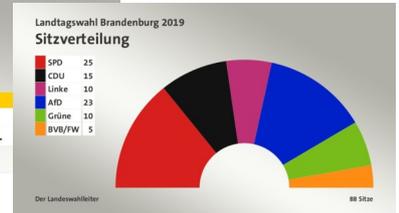
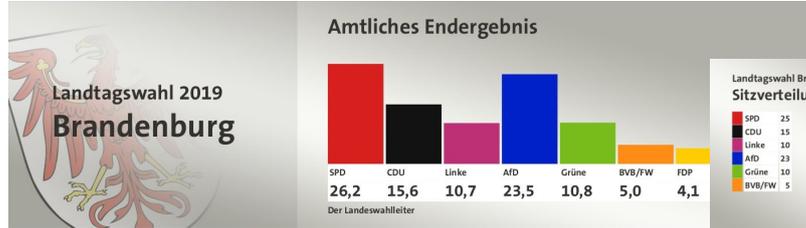
„Der Abbau von Lithium für Europa und der Wechsel zum Elektroauto werden unsere Gemeinden und unsere Landschaft umbringen.“ Lassen Sie sich das bitte einmal auf der Zunge zergehen. E-Mobilität ist also umweltschädlich und zerstört Lebensgrundlagen. (Beifall bei der AfD)

Die komplette Rede unter: <https://steffenkotre.de/category/reden/>

Wahlkampf in drei ostdeutschen Bundesländern

Im vergangenen Jahr fanden Wahlen in drei der fünf ostdeutschen Bundesländer statt. Für unsere Partei waren diese Wahlen ein voller Erfolg! Wir wurden in diesen drei Bundesländern jeweils zweitstärkste politische Kraft und werden auch in den nächsten Jahren unsere Position als führende Oppositionspartei weiter ausbauen. Gerne habe ich meine Parteifreunde in Brandenburg, Sachsen und Thüringen unterstützt.

Hier ein paar Impressionen aus den Wahlkämpfen...



Nach den Wahlen in Brandenburg

Die letzte Frage im Interview mit unseren polnischen Freunden nach dem Riesenerfolg war: „Wann wird Merkel zur Rechenschaft gezogen?“ Im Ausland sieht man die Dinge oft so, wie sie sind. Die deutschen Reporter konnten es nicht fassen, warum sich Polen für die AfD interessieren. Und sie mussten hinnehmen, dass ein polnischer Journalist ihnen die Defizite in unserer Demokratie aufzeigte. Polnische Journalisten fragen sich: Warum gibt es für eine demokratische Partei wie die AfD in Deutschland kaum Räumlichkeiten, um Veranstaltungen abzuhalten? Warum gibt es zahlreiche Angriffe der sogenannten Antifa auf eine demokratische Partei wie die AfD?



Kein vorzeitiger Kohleausstieg!

Laut Lausitzer Rundschau kamen 200 Experten zur ersten Lausitz-Konferenz in Schwarze Pumpe zusammen. Ich war selbst vor Ort, um mir ein Bild der Stimmung zu machen und konnte keine Überraschungen erleben. Genau wie bereits vor den Landtagswahlen waren der Ärger und der Unmut der Kumpel spürbar. Zu Recht, denn ihnen droht der Verlust ihrer Arbeitsplätze und sie sehen einer unsicheren Zukunft entgegen. Die gesamte Lausitz droht in eine Schiefelage zu geraten, wenn weiter nach Plan strukturell umgewandelt werden soll, anstatt

sich an der Lebensrealität und dem Machbaren zu orientieren. Viele fühlen sich an die Nachwendzeit erinnert, in der dort leider Vieles zu Bruch ging.

Mit der AfD ist ein vorzeitiger Ausstieg aus der Kohle nicht zu machen. Dafür setze ich mich persönlich ein!



Unterwegs in Polen...

Am 13. Oktober 2019 fanden die Wahlen der beiden Kammern der polnischen Nationalversammlung statt. Als AfD wurden wir zur Wahlfeier der Partei „Konföderation“, einer neuen AfD-freundlichen konservativen politischen Kraft, nach Warschau eingeladen. Dieser Einladung folgte ich mit dem Brandenburger AfD-Landtagsabgeordneten Andreas Galau (MdL) gerne. Zu späterer Stunde konnten wir gemeinsam der „Konföderation“ zum Einzug in den Sejm gratulieren und Grußworte der AfD übermitteln.





Die Gasversorgung muss gesichert bleiben!

Nach dem Umschwenken der Bundesregierung beim Thema Gasversorgung via Nord Stream 2 mache ich unsere Position nochmal deutlich. Die AfD steht für eine zuverlässige Versorgung unseres Landes ohne Einmischung von außen. Um dies wiederholt zu untermauern, hier ein kurzer Auszug aus meiner Bundestagsrede vom Juni 2019:

„... wie wir heute festgestellt haben, ist Nord Stream 2 sehr, sehr wichtig für unsere Energieversorgung und es gibt einige Vertreter der USA, die versuchen, das zu torpedieren. Da müsste doch die Bundesregierung sofort aufschreien und sagen: „Nein, so geht es nicht!“ – Die Bundesregierung müsste doch Herrn Grenell (US-amerikanischer

Diplomat und derzeit Botschafter in der Bundesrepublik Deutschland) klarmachen: „Nein, so geht es nicht!“ – Und man müsste diesem Herrn sagen, dass man ihm, wenn er weiter in dieser Form argumentiert, die Koffer vor die Tür setzt! Die Bundesregierung ist hier in der Pflicht, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und natürlich auch Schaden von Europa. Wenn europäische oder deutsche Unternehmen bedroht werden, müsste sich die Bundesregierung sofort davorstellen.“

Das Stromnetz ist instabil

Am 28.11.2019 titelte der „Fokus“: **„Ab 2021 könnte Strom für Elektroautos rationiert werden! Stromnetzbetreiber aus mehreren EU-Ländern wollen ab 2021 den Ladestrom an privaten Ladestationen beschränken!** So soll verhindert werden, dass es in Spitzenzeiten zur Überlastung der Verteilernetze kommt. Das könnte Deutschlands Elektro-Pläne bremsen.

Stellen Sie sich vor, Sie fahren mit Ihrem Diesel-PKW zur Tankstelle und wollen volltanken. Doch der Tankwart winkt ab: „Sorry, mehr als zehn Liter kann ich Ihnen nicht geben. Sie können das Auto aber hier lassen, dann tanke ich es Ihnen in ein paar Stunden voll.“ Ein ähnliches Szenario erwartet künftig Fahrer von Elektroautos: Zu Spitzenzeiten, also wenn etwa abends alle ihre Stromer zuhause aufladen wollen, droht die Überlastung der Verteilernetze.



An nicht-öffentlichen Lade-Säulen für Elektroautos muss die Leistung sinken

Die Konsequenz wäre: Die Stromzufuhr wird gedrosselt, man könnte auch sagen: Der Strom wird rationiert. Statt 11 bis 22 kW an einer leistungsfähigen Wallbox werden dann zum Beispiel nur 5 kW bereitgestellt. Die Ladezeiten an der hauseigenen Steckdose verlängern sich deutlich. Öffentliche Ladesäulen sollen davon allerdings nicht betroffen sein.“

Dazu Steffen Kotré: Wir warnen schon seit langem davor, dass unser Stromnetz nicht mehr stabil ist. Bereits im Januar 2019 entging Europa nur knapp einem Blackout. Hauptsächliche Ursache hierfür war der unberechenbare, instabile Strom aus den erneuerbaren Energien. Auch am 6., 12. und 25. Juni 2019 wurde die Energie knapp. Es wurde weniger Energie eingespeist als benötigt und es kam zu Rekordpreisen von 37.856 Euro pro Megawattstunde. Zum Vergleich: Normalerweise hat eine Megawattstunde einen Preis im

unteren zweistelligen Eurobereich. Diese Schieflage geht hier nicht nur zu Lasten des Strompreises, sondern zugleich mit einer Rationierung der Stromversorgung der Bürger einher. Deshalb fordert die AfD-Fraktion, allen vorzeitigen Ausstiegsfantasien aus der verlässlichen Kohleverstromung eine Absage zu erteilen und stattdessen in die Forschung und Entwicklung von sinnvoller Energienutzung zu investieren.

ÖKO - Wahn in der Lausitz

Der RBB titelte am 29.06.2019:
„Umweltschützer erzielen Teilerfolg gegen Tagebau-Weiterbetrieb“

In dem Tagebau in Südbrandenburg arbeiten laut Betriebsrat etwa 700 Menschen.

Mit Regenschirmen, orangefarbenen Westen und roten Plakaten standen sie morgens am Veranstaltungsort, dem Leag-Klubhaus in Schwarze Pumpe. Auf den Plakaten hieß es: "Es gilt, was vereinbart ist: 2038" und "Gesellschaftlicher Kompromiss - gilt euer Wort?"



Vor dem Eingang zum Klubhaus hatten die Bergleute drei Torbögen mit den Zahlen 2030, 2038 und unentschieden aufgebaut, durch die die Teilnehmer der Konferenz gehen mussten. Hinter den Bogen mit der Aufschrift 2030 hatten sie Kohlebriketts gelegt.

Bei der ersten Lausitz-Konferenz sprachen rund 200 Vertreter aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Umweltverbänden - darunter Brandenburgs Wirtschaftsminister Jörg Steinbach (SPD) und die Bundesvorsitzende der Grünen, Annalena Baerbock - über die Zukunft der Region. Der von der Kohlekommission ausgehandelte Kompromiss sieht ein Ende der Stromgewinnung aus Kohle bis spätestens 2038 vor. Umweltverbände und die Grünen fordern einen früheren Kohleausstieg. Auch aus Sicht der CSU soll der Ausstieg nun beschleunigt werden.



Fragen an die Regierung



Am 13.11.2019 befragte ich Bundesminister Altmaier, weshalb sich die Bundesregierung beim bilateralen Energieprojekt Nord Stream 2 von der EU hineinreden lässt.

Die zusammengefasste Antwort: Die Bundesregierung hat kein Verständnis für die Einwände. Die "Mitsprache" der anderen EU-Staaten sei wichtiger als eine selbstbestimmte Energiepolitik.



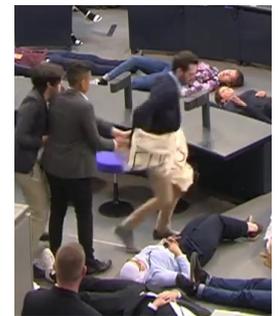
Jugend und Parlament

Vom 1. bis zum 4. Juni 2019 fand im Deutschen Bundestag das jährliche Planspiel „Jugend und Parlament“ (JuP) statt. Ich habe einen der Teilnehmer, Hugo Opitz, nach seinen Eindrücken gefragt. Dieser war insgesamt begeistert von dem Programm und empfiehlt allen Politikinteressierten die Teilnahme.

**Lieber Hugo, vielen Dank, dass du dir die Zeit genommen hast.
 Weiterhin alles Gute und viel Erfolg!**



Begleitet wurde das Schlusswort des Bundestagspräsidenten zu „Jugend und Parlament“ von Protesten einiger Jugendlichen, die sich für eine Kursänderung in der Klimapolitik einsetzten und auf den Boden des Plenarsaals legten. Doch ein Jugendlicher hat den Protestierenden das Transparent unter tosendem Applaus der anderen entrissen.



Merkel-muss-weg-Mittwoch

Mein Besuch beim „Merkel muss weg“ Mittwoch. Hier zeigen Patrioten Frau Merkel, dass ihre Uhr abgelaufen ist. Jeden Mittwoch steht Franz Wiese mit Bürgerinnen und Bürgern zum Protest vor den Toren des Kanzleramts.



Sitzungsabbruch aufgrund nicht vorhandener Beschlussfähigkeit

In der Nacht vom 7. zum 8. November 2019 sollte der Bundestag über einen Gesetzentwurf der Bundesregierung zur „Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt“ abstimmen. Die AfD-Fraktion, die gegen diesen Gesetzentwurf ist, wusste die Abstimmung jedoch zu verhindern und ließ Bundestagsvizepräsidenten Hans-Peter Friedrich (CSU) irritiert aus der Wäsche schauen.

Der AfD-Abgeordnete Steffen Kotré hatte das Vorhaben zuvor in seiner Rede scharf kritisiert, da es ihm zufolge nicht nur gegen "geltendes EU-Recht" verstößt, sondern dadurch auch die Gasversorgung zugunsten des US-Flüssiggases "künstlich verteuert" würde.

Kurz vor Beginn der Abstimmung stellte die AfD dann in Frage, ob der Bundestag angesichts seiner dünnen Besetzung überhaupt beschlussfähig sei. Dazu müsste nämlich streng genommen mindestens die Hälfte der 709 Abgeordneten anwesend sein. Es ist aber keine Seltenheit, dass der Bundestag trotzdem abstimmt, solange sich niemand beschwert.

Friedrich konterte den Vorwurf der AfD wie folgt:

Wir sind im Präsidium der Meinung, dass die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Daraufhin meldete sich der AfD-Abgeordnete Norbert Kleinwächter zu Wort und forderte eine namentliche Abstimmung, um das Gegenteil zu beweisen.

Auf Facebook erklärt Kleinwächter, dass es äußerst wichtig sei, dass der Antrag abgelehnt würde, da es darin um eine "Einmischung der EU in die Gas-Politik" ginge. Er ist nach seiner Forderung der namentlichen Abstimmung aus anderen Fraktionen verbal angegriffen worden, sieht sich jedoch im Recht.

Wenn man Tagesordnungen bis vier Uhr morgens ansetzt, dann hat man das Problem, dass die Beschlussfähigkeit oftmals nicht mehr gewährleistet ist. Das ist gegen demokratische Prinzipien und deswegen mussten wir die Abstimmung anzweifeln.

Und wir behielten Recht: nach der namentlichen Abstimmung und Auszählung stand fest, dass nur 133 statt der mindestens benötigten 355 Abgeordneten abgestimmt hatten.



Friedrich beendete daraufhin die Sitzung und damit auch die Abstimmung ohne Ergebnis.

Im Interview zu Klimawahn und Linksruck



30. September 2019: Im französischen Online-Magazin Eurolibertés erschien ein Interview mit Steffen Kotré, dem Energiepolitischen Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, in dem er die Position der AfD zur aktuellen Klimahysterie kurz aber prägnant beschrieb. Das Mitglied des Deutschen Bundestages fand auch klare Worte zur linken Hetze gegen unbescholtene Bürger, nachdem Menschen für ihre Meinung, die vor wenigen Jahren noch der Mitte zugeordnet wurden, plötzlich als „rechts“ oder sogar „rechtsextrem“ eingestuft werden. Das politische Spektrum hat sich nach links verschoben. Hier das Interview:

Wie ist die Position der AfD in Bezug auf die angeblich vom Menschen verursachte, globale Erwärmung?

Es gibt keinen Beweis, dass der Klimawandel menschengemacht ist. Diejenigen, die sagen, der Klimawandel sei menschengemacht, sind auch diejenigen, die andere Meinungen nicht zulassen. Die AfD wird alle Unzulänglichkeiten des Klimawahns beenden.

Können Sie abschätzen, welche Kosten die Bürger für die von der Bundesregierung ergriffenen Energiemaßnahmen zu tragen haben?

Nein, die Kosten des deutschen Alleinganges, die eigene Industrie (Diesel, Kernenergie, Kohle) zu schädigen, sind erst einmal nicht zu schätzen.

Sie sind auch Vorsitzender der AfD im Wahlkreis Dahme-Spreewald, dem auch eine slawische Volksgruppe, die Sorben, angehört. Wie steht Ihre Partei zu dieser ethnolinguistischen Minderheit?

Volkstum steht bei uns in der AfD an erster Stelle. Doch bei den Sorben/Wenden ist viel „Vielfalts“-Propaganda dabei. Im Landkreis Dahme-Spreewald hat sich z. B. kein Vertreter der Sorben gefunden, als Kreistagsbeauftragter zu fungieren. Diese Aufgabe hat somit ein Nicht-Sorbe übernommen. Die Kreishauptstadt Lübben war nie sorbisches Siedlungsgebiet, hat sich aber aus touristischen Zwecken als ein solches erklärt, da die Brandenburger Verfassung das jeder Gemeinde freistellt. Das zeigt die Beliebigkeit, mit der die Altparteien Identitäten missachten.

Hier geht's zum Artikel: <https://steffenkotre.de/steffen-kotre-afd-im-interview-zu-klimawahn-und-linksruck/>

Dahme-Spreewald: AfD-Bundestagsabgeordneter Steffen Kotré vergibt Stipendium im Wert von 20.000,- Euro an 16-jährigen Schüler



Der Brandenburger Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré (AfD) ist „Patenabgeordneter“ des diesjährigen Parlamentarischen Patenschafts-Programmes (kurz: PPP) im Wahlkreis 62 und darf einen Schüler als Juniorbotschafter in die USA entsenden. Das Programm ermöglicht Schülern sowie jungen Berufstätigen seit 1983 ein vom Deutschen Bundestag finanziertes Auslandsjahr in den USA.

Kotré durfte nach einem langen Auswahlprozess den Gewinner in seinem Wahlkreis benennen. Dazu lud er Mitte Februar 2020 die vier Finalisten, welche durch eine Austausch-Organisation vorausgewählt wurden, zu sich in den Bundestag ein. In dem Zusammenhang stellt er fest:

„Junior-Botschafter für Deutschland zu sein, ist gerade in den schwierigen Zeiten schwindender Identität keine leichte Aufgabe. Alle vier Kandidaten sind wirklich herausragende Jugendliche mit außergewöhnlichen Fähigkeiten. Die Entscheidung fiel mir daher nicht leicht.“

Darauf angesprochen, warum Kotré das PPP seit seinem Einzug in den Deutschen Bundestag unterstützt, entgegnet er:

„Als Abgeordneter ist es mir besonders wichtig, unsere Schüler in Brandenburg zu fördern. Das gilt umso mehr für diejenigen, die herausragende Leistungen erbringen und denen aufgrund des sozialen Hintergrundes womöglich manche Tür verschlossen bleibt. Ein vollfinanziertes Austauschjahr in den USA ist eine ganz besondere Auszeichnung, dessen Vergabe mir eine große Ehre ist.“

Zum Gewinner des 37. Parlamentarischen Patenschafts-Programmes 2020/2021 im Wahlkreis 62 kürte Kotré schließlich den 16-jährigen Paul Wicke vom Friedrich-Wilhelm-Gymnasium in Königs Wusterhausen.

„Paul hat mich sehr beeindruckt. Sein Berufswunsch, eine Karriere bei der Bundeswehr einzuschlagen, zeugt zudem von einem ausgeprägten Bewusstsein um gesellschaftliche Verantwortung. Ich wünsche ihm ein spannendes Jahr in Amerika und stehe ihm mit meinem Büro während des gesamten Aufenthaltes mit Rat und Tat zur Seite.“



Regierung lässt Flüchtlinge einfliegen!

Meine Fragen an die Bundesregierung

1. Auf welcher Rechtsgrundlage findet das Umsiedlungsprogramm der Bundesregierung statt, bei dem im Oktober 2019 mit einem Charter Flug 154 somalische Migranten aus Äthiopien nach Deutschland geflogen wurden (www.hna.de/welt/resettlementprogramm-bundesregierung-fluechtlinge-landenkassel-zr-13130652.html), und nehmen nach Kenntnis der Bundesregierung auch andere EU-Staaten daran teil?

2. Mit wie vielen Migranten ist im laufenden Jahr durch dieses Umsiedlungsprogramm der Bundesregierung für Deutschland zu rechnen?

3. Welche Kosten sind durch das Umsiedlungsprogramm für den Bund in 2019 entstanden und mit welchen Kosten ist für das gesamte Umsiedlungsprogramm zu rechnen?

Die Antworten des Parlamentarischen Staatssekretärs Stephan Mayer vom 4. November 2019

Zu 1.

Rechtsgrundlage für diese Aufnahme im Rahmen von Resettlement (Neuansiedlung) nach Deutschland ist § 23 Abs. 4 AufenthG. Danach kann das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) im Rahmen der Neuansiedlung von Schutzsuchenden im Benehmen mit den obersten Landesbehörden anordnen, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bestimmten, für eine Neuansiedlung ausgewählten Schutzsuchenden (Resettlement-Flüchtlinge) eine Aufnahmezusage erteilt. Grundlage für die in der Frage genannte Aufnahme aus Äthiopien ist eine Aufnahmeanordnung des BMI vom 11. Dezember 2018. Das deutsche Engagement ist Teil des EU-Resettlement-Programms, an dem auch zahlreiche andere EU-Mitgliedstaaten mit Aufnahmen aus verschiedenen Erstaufnahmestaaten teilnehmen.

Zu 2.

Für die Jahre 2018/2019 hat die Bundesregierung insgesamt bis zu 10.200 Plätze für die Aufnahme besonders schutzbedürftiger Flüchtlinge im Rahmen des EU-Resettlement-Programms zugesagt. Drucksache 19/14931 – 28 – Deutscher Bundestag – 19. Wahlperiode Vorabfassung - wird durch die lektorierte Version ersetzt. In dieser Gesamtzahl sind bis zu 3.700 Plätze für Neuansiedlungen nach § 23 Abs. 4 AufenthG (davon bis zu 500 Plätze für das Pilotprojekt „Neustart im Team/NesT“), bis zu 6.000 Plätze für humanitäre Aufnahmen aus der Türkei auf Grundlage von § 23 Abs. 2 AufenthG sowie bis zu 500 Plätze für ein Landesaufnahmeprogramm von Schleswig-Holstein nach § 23 Abs. 1 AufenthG vorgesehen. Die Umsetzung dieser Aufnahmeverfahren läuft noch bis Ende des Jahres. Wie viele Einreisen bis Ende des Jahres erfolgen werden, kann daher noch nicht abgeschätzt werden. Im Jahr 2018 sind 276 Personen auf Grundlage von § 23 Abs. 4 AufenthG sowie 2.557 Personen auf Grundlage von § 23 Abs. 2 AufenthG und im Jahr 2019 sind bisher 1.433 Personen auf Grundlage von § 23 Abs. 4 AufenthG sowie 2.184 Personen auf Grundlage von § 23 Abs. 2 AufenthG aufgenommen worden (Stand 29. Oktober 2019).

Zu 3.

Für das Umsiedlungsprogramm nach § 23 Abs. 4 AufenthG sind dem Bund im Jahr 2019 bis zum 30. Oktober Kosten i. H. v. 4.544.775 € entstanden. Für die weiteren Einreisen bis Ende des Jahres wurden weitere Kosten von ca. 1.700.000 Euro kalkuliert, sodass sich die Gesamtsumme des Umsiedlungsprogrammes für das Jahr 2019 auf ca. 6.300.000 Euro beziffern lässt. Die Bundesregierung erhält eine Förderung von bis zu 10.000 Euro pro erfolgter Einreise aus dem EU Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds.

Zusammenfassung:

Meine Anfrage an die Bundesregierung ergab, dass mindestens seit 2018 bis heute mehrere tausend Flüchtlinge per Flugzeug ins Land gebracht wurden. Was viele schon ahnten, ist jetzt bestätigt worden.

Es geht hier nicht allein um die Kosten für den Transport dieser Menschen, sondern es müssen auch die in Deutschland erbrachten Leistungen für die „Umsiedler“ addiert werden: Kosten zum Lebensunterhalt, Miete, Kleidung, Möbel, Krankenversicherung und Eingliederungsmaßnahmen.



Quelle: jungfreiheit.de



BRD kapituliert vor USA bei Nord Stream 2

Am 12.12.2019 gab ich der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti ein Interview zum Thema Nord Stream 2. Momentan findet das Vorgehen der Bundesregierung große Beachtung in Russland und der Ukraine.

FRAGE: In der letzten Woche hat sich die deutsche Außenpolitik dazu entschieden, zwei Mitarbeiter der russischen Botschaft in Berlin auszuweisen. Wie schätzen Sie die Situation ein?

Kotré: Das Klima in den Beziehungen zu Russland ist leider seit Jahren seitens der Bundesregierung vergiftet worden. Da steht Russland immer wieder als Sündenbock da. Bevor Beweise auf dem Tisch liegen, sollte immer die Unschuldsvermutung gelten – sowohl bei der Ermittlung des Mordes in Moabit, als auch im Fall der Vergiftung von Skripals in Salisbury. Es wäre ein weiterer Schritt in Richtung der Konfrontation, den wir nicht einschlagen dürfen. Im Gegenteil – wir müssen mit Russland enger zusammenarbeiten, kooperieren. Die Reaktion der Bundesregierung scheint mir bis jetzt politisch tendenziös zu sein.

FRAGE: Versucht die Ukraine den neusten Konflikt zwischen Russland und dem Westen auszunutzen? Beispielsweise bezeichnet man in Kiew die angedrohten US-Sanktionen gegen Nord Stream 2 als Instrument im Streit um das neue Gas-Transitabkommen mit Russland. Wie stehen Sie dazu?

Kotré: Die USA haben Interesse daran, die Ukraine zu destabilisieren, sowie auch gute Beziehungen zwischen Russland und EU-Ländern zu verhindern. In diesem Sinne sieht das Vorgehen völlig logisch aus. Die Ukraine wird von den USA aufgestachelt, sie wird von den USA und der EU-Kommission einseitig gestützt und nutzt alles, um „Territorialgewinne“ gegen Russland zu erzielen, wobei man eigentlich kooperieren müsste. Soweit gibt es hier auch keine vernünftige Lösung. Eine rettende Lösung in dieser Situation wäre, ein starkes und eigene Interessen vertretendes Europa aufzubauen. Wenn Deutschland wieder souverän und realitätsbezogen agieren würde, eigene Interessen wahrnehmen, würde man sicherlich kein Land unterstützen, das die Interessen Europas, gerade auf dem Gebiet der Energieversorgung, mit Füßen tritt.

FRAGE: Die Bundesregierung vertritt die Position, Nord Stream 2 habe eine politische Dimension, man müsse den neuen Gas-Transitvertrag zwischen Russland und der Ukraine ausverhandeln. Wie schätzen Sie das ein?

Kotré: Es geht um einen Wirtschaftskrieg der USA gegen Russland. Als Mittel dazu wird Europa benutzt. Nord Stream 2 ist sehr wichtig für unsere Energieversorgung. Die Versuche, dies torpedieren zu wollen, führt dazu, dass die Bundesregierung und die Bundeskanzlerin Merkel sofort aufschreien und sagen müsste: Nein, so geht es nicht! 2018 hat Frau Merkel ganz klar gesagt, dass Nord Stream 2 ein rein bilaterales Wirtschaftprojekt zwischen Deutschland und Russland sei, welches nicht unter EU-Recht fällt. Die USA haben es geschafft, Nord Stream 2 mit der von ihnen destabilisierten Ukraine zu verbinden. Unter dem Druck der USA hat sich die Bundesregierung diesem wirtschaftlichen Angriff unterworfen und kapituliert. Sie ist nicht mehr in der Lage, deutsche Interessen zu vertreten, geschweige denn, überhaupt noch durchzusetzen. Die Stabilität der Ukraine hat nichts mit anderen wirtschaftlichen Projekten zu tun.

FRAGE: Der Deutsche Bundestag hat am 13. November 2019 die Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes zur Umsetzung der EU-Richtlinie über gemeinsame Vorschriften für den Erdgasbinnenmarkt angenommen. Sehen Sie das als Fortschritt?

Kotré: Die Bundesregierung versucht es als Fortschritt darzustellen. Tatsächlich aber ist die EU-Gasmarkttrichtlinie gegen die Gasleitung Nord Stream 2 und unsere Gasversorgung gerichtet. Die EU-Kommission als Büttel der USA wollte diese Gasleitung ursprünglich verhindern und nun wenigstens unter ihre Kontrolle bringen. Es ist praktisch eine Verletzung der EU-Verträge. Die EU regelt den Binnenmarkt, nicht die Leitungen zwischen Mitglieds- und Drittstaaten. Aber die USA wollen ihr teures Flüssig- und Fracking-Gas bei uns verkaufen und haben einige EU-Länder gegen Nord Stream 2 aufgestachelt. Die AfD hat das Gesetzesvorhaben bereits einmal im Bundestag gestoppt. Jetzt ist die Umsetzung der Gasmarkttrichtlinie, die den Gaskunden mehr Geld kostet, leider ins nationale Recht übernommen worden. Trotzdem gehe ich davon aus, dass Nord Stream 2 in Betrieb gehen wird. Das wäre den Bürgern bei all den propagandistischen Tricks wohl doch nicht zu vermitteln, wenn das Projekt ausfiele.

FRAGE: Es wurde entschieden, dass die Regulierungszuständigkeit für die Nord Stream-2-Pipeline bei der Bundesnetzagentur, also bei Deutschland liegt. Kann Nord Stream 2 jetzt völlig oder teilweise von der europäischen Gasmarkttrichtlinie ausgenommen werden, zum Beispiel, von dem „Unbundling“ in der 12-Seemeilen-Zone?

Kotré: Eine solche Möglichkeit sehe ich derzeit nicht. Ich möchte es ganz klar sagen – durch „Unbundling“ -, also durch Entkoppelung von Betrieb und Besitz der Leitung, werden die Preise für Gasverbraucher unverzüglich erhöht. Die Inbetriebnahme der Gasleitung ist bereits aufgrund von amerikanischen Gegenmaßnahmen verschoben worden. Also ist die Verteuerung bereits eingetreten. Falls die Amerikaner jetzt über exterritoriale Sanktionen gegen Nord Stream 2 entscheiden, die offenbar gegen internationales Völkerrecht verstoßen, ist die Bundesregierung hier in der Pflicht, Schaden vom deutschen Volk abzuwenden und natürlich auch Schaden von ganz Europa. Man stelle sich vor, dass die USA mit diesem Schritt nicht nur Nord Stream 2 verhindern wollen, sondern auch ein vielleicht zukünftig notwendiges Projekt wie Nord Stream 3 und weitere Pipelines. Denn es ist bereits jetzt absehbar, dass Europa zukünftig viel mehr Gas verbrauchen wird und die Notwendigkeit entsteht, weitere Leitungen zu bauen. Auf Druck der USA kauft die EU bereits jetzt viel mehr Flüssig- und Fracking-Gas aus den USA, deren Gasimporte nach Europa 2019 um fast 300% gestiegen sind. Damit haben die USA mit ihrem völkerrechtswidrigen Druck erreicht, was sie wollten.



how dare you....!?



Abgeordneter nimmt Weihnachtsgeschenk von Parteifreunden an

MOZ, 10.12.2019: „Frankfurt (Oder). Weihnachten, ein Fest des Friedens. Eigentlich. Der AfD-Stadtverband Frankfurt (Oder) veröffentlichte jetzt auf

Facebook Bilder seiner Weihnachtsfeier, die eine etwas andere Botschaft nahelegen. Darauf zu sehen ist unter anderem, wie der Bundestagsabgeordnete Steffen Kotré und AfD-Landeschef Andreas Kalbitz Spirituosen in Form eines Maschinengewehres als Präsent entgegennehmen. Der Frankfurter AfD-Landtagsabgeordnete Wilko Möller würdigte zudem Mitglied Roland Warstat-Lehmann für dessen "selbstloses Eintreten für die AfD" im Wahlkampf mit einer Replik des "Preußischen Ordens ‚Pour le Mérite‘" – eine Tapferkeitsauszeichnung, die Militärangehörigen bis 1918 verliehen wurde. Die Feier fand am 6. Dezember 2019 statt, zugegen waren auch viele hochrangige Vertreter der Rechtsaußenpartei.“



Steffen Kotré antwortet der Presse:

„De gustibus non est disputandum!“

Ich habe mich sehr über das Geschenk gefreut, zumal es nicht Schokolade, sondern ein scharfes Getränk enthält. Im Übrigen ist die Wehrfähigkeit unseres Vaterlandes nicht mehr gegeben. Die Bundeswehr wurde kaputtgespart und strukturell geschwächt. Sie kann nicht mal die Nato-Bündnisfähigkeit gewährleisten. Insofern sollte es solche kleinen Geschenke öfter geben, damit die Wiederherstellung unserer Verteidigungsfähigkeit verstärkt in den Blickpunkt der Gesellschaft rückt (si vispacem, parabellum).“



China erwägt teilweise Abkehr vom Elektroauto

So titelte am 13.12.2019 der Focus: „China stoppt bis Ende 2020 seine Subventionen für Elektroautos. Zwar gibt es nach wie vor Quoten für "New Energy Vehicles" (NEV), zu denen auch batterieelektrische Autos zählen. Doch Chinas Staatsregierung will diesen Begriff offenbar weiter fassen und dabei den Fokus nicht mehr nur auf die E-Mobilität setzen. Viele Autohersteller, darunter auch Deutschlands wichtigster Autokonzern Volkswagen, setzen ausschließlich auf die Elektromobilität und stoppen mittelfristig die Entwicklung von Verbrennungsmotoren oder anderer Alternativen.“

Nicht nur dass die deutsche Regierung unseren Fahrzeugherstellern wie Volkswagen die Elektromobilität aufgezwungen hat, mit einem Umsatz von rund 65.631 Mio. € ist China der wichtigste Absatzmarkt für diese Marke.



Am 16.01.2020 hat Steffen Kotré Zukunft Heimat e.V. als „Botschafter für Demokratie und Toleranz“ nominiert

Zukunft Heimat e.V. – Leuchtturmprojekt der demokratischen Zivilgesellschaft von unten

Der Verein Zukunft Heimat e.V., gegründet am 02.08.2015, macht sich in besonderer Weise um eine demokratische und tolerante Alltagskultur in Deutschland verdient. Die ehrenamtlichen Mitglieder unterstreichen in beispielhafter Weise die Bedeutung lokalen bürgerschaftlichen Engagements für den Erhalt der Demokratie und des Rechtsstaates in Deutschland.

Die Arbeit des Vereins beschränkt sich dabei nicht auf den politischen Raum im engeren Sinne. Der Verein sammelt regelmäßig für wohltätige Zwecke und hat sich wirkungsvoll für den Bau eines lange geforderten Radweges entlang einer vielbefahrenen Bundesstraße und für den Erhalt eines historischen märkischen Feuerwehrhauses eingesetzt.

Zukunft Heimat e.V. bietet den Menschen die Chance, demokratische und zivilcouragierte Verhaltensweisen in der Gemeinschaft als wirksam zu erleben und zusammen die Frage zu beantworten, wie wir in unserer Heimat leben wollen. Zukunft Heimat e.V. steht für die Einforderung von Toleranz für politische Meinungen. In herausragendem Maße trägt das umfangreiche zivilgesellschaftliche Engagement des Vereins zudem zur Radikalisierungsprävention bei.

Einerseits erleben die Menschen durch den Verein Zukunft Heimat e.V. eine Solidarisierung in schwieriger Zeit, in der kritische Stimmen gerne diffamiert und isoliert werden. Ein Teil der sich politisch äussernden Menschen sind zunehmend systematischen Schwierigkeiten am Arbeitsplatz, in den Vereinen, in der Nachbarschaft und gar in der eigenen Familie ausgesetzt. Durch diese gezielt organisierten Schwierigkeiten in allen Lebensbereichen sollen sie daran gehindert werden, ihre demokratischen Rechte sowie ihre gesellschaftliche Teilhabe wahrzunehmen. Ohne Organisationen wie Zukunft Heimat e.V. würden manche, teils sicher aus Verzweiflung, Ventile außerhalb des demokratischen Spektrums suchen oder sich durch Mitläufertum bei den strukturellen Unterdrückern zumindest die Chance versprechen, die erlittenen Frustrationen an wiederum anderen auszulassen. Damit würden sie diesen, sich selbst und der Gesellschaft als ganzer erheblichen Schaden zuzufügen.

Andererseits führt gerade diese starke, solidarische Stimme Zukunft Heimat e.V dazu, die bedenkliche Entwicklung und damit den prekären Zustand der Demokratie in diesem Lande ins öffentliche Bewusstsein zu bringen. Es besteht die Gefahr, dass sich schleichend -wie immer im Namen des Guten- ein neuer Totalitarismus etabliert. Zukunft Heimat e.V trägt hier mutig und friedlich zur Aufklärung der Öffentlichkeit bei. Der zunehmenden Entwicklung einer einschüchternden und zum schweigenden, resignierenden Rückzug verleitenden Atmosphäre in Deutschland wirkt der Verein dadurch entgegen. So hält Zukunft Heimat e.V. auch das Vermächtnis der Leipziger Aufstände in der DDR am Leben.

Ihre vielfältigen Aktionen erreichen Teilnehmerzahlen von mehreren Tausend und ein breites Medienecho.

Zukunft Heimat e.V. ist auf dem Gebiet der ehemaligen sogenannten „Deutschen Demokratischen Republik“ beheimatet. Die Bürger erkennen die perfiden, Menschen- und demokratiefeindlichen Strategien der Unterdrückung und Zersetzung Oppositioneller durch das „Ministerium für Staatssicherheit“ wieder. Dies schmälert die Verdienste von Zukunft Heimat e.V. nicht. Ganz im Gegenteil unterstreicht die sich dadurch erst recht zeigende Zivilcourage den Leuchtturmcharakter dieses ehrenamtlichen, zivilgesellschaftlichen Demokratiprojektes von unten.



Sonderbeilage



Alternative
für
Deutschland

FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Reisebericht der AfD-Kontaktgruppe Syrien

Vom 18. bis 25. November 2019 besuchte eine Delegation der AfD-Bundestagsfraktion das sich vom Bürgerkrieg erholende Syrien. Frank Pasemann, Waldemar Herdt, Udo Hemmelgarn, Jürgen Pohl und Steffen Kotré haben sich ein eigenes, von den westlichen Medien unverzerrtes Bild des Landes gemacht. Zudem hat die Delegation ausgelotet, welche Möglichkeiten bestehen, das Land zu stabilisieren, den Wiederaufbau in Gang zu setzen und die vor Ort dringend benötigten jungen syrischen Männer aus Deutschland wieder in ihr Heimatland zurückkehren zu lassen.

Während der Reise stand nicht die syrische Regierung im Vordergrund, sondern die Zusammenkunft mit Vertretern der gesamten Gesellschaft. Die Delegation traf sich unter anderem mit religiösen Vertretern, wie dem Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche Mor Ignatius Ephräm II., dem Großmufti Dr. Ahmad Badr al-Din Hassoun, weiterhin mit Vertretern des Parlamentes aus unterschiedlichen Parteien, dem Parlamentspräsidenten, den Ministern für Äußeres, für Tourismus und für Wirtschaft, mit unterschiedlichen Unternehmerverbänden, der syrisch-deutschen Handelskammer sowie Nichtregierungsorganisation, Journalisten und Kulturschaffenden. Sie alle betonten uns gegenüber: Die gegenwärtigen Sanktionen treffen vor allem die Bevölkerung und festigen den Stand der Regierung. Zudem appellierten sie an uns, dass sie die syrischen Migranten aus Deutschland dringend für den Wiederaufbau ihres Landes benötigen.





Frank Posemann, MdB

Sanktionen

Ein Hauptaugenmerk der Delegationsreise bestand daraus, sich über die Auswirkungen der (westlichen) Sanktionspolitik ein unmittelbares Bild zu machen. Insbesondere durch Gespräche mit direkt am Wiederaufbau beteiligten Institutionen und Organisationen sowie nicht zuletzt durch Gespräche mit der unmittelbar betroffenen Bevölkerung.

Es wurde sich mit eigenen Augen davon überzeugt, dass sich die Sanktionen letztlich ganz zuvörderst zulasten der Zivilbevölkerung auswirken.

Sie schaden nicht der Regierung, sondern den kleinen und mittleren Unternehmen und verhindern den Wiederaufbau des Mittelstandes.

So fehlt es unter anderem an dringend benötigten Ersatzteilen für Maschinen, aber insbesondere auch an Erdöl zur Abdeckung des Bedarfs der syrischen Zivilbevölkerung (Heizen, Kochen etc.).

Obwohl Wirtschaftssektoren wie Nahrungsmittel- und Pharmaproduktion offiziell nicht direkt betroffen sind, sind indirekte Auswirkungen durch die Sanktionen so stark, dass auch in diesen wesentlichen Bereichen massive Lieferengpässe existieren und das Leid der Bevölkerung verstärken.

Insbesondere die aufgrund der Sanktionen versperrten Lieferwege sowie der Ausschluss Syriens aus dem internationalen Zahlungsverkehr behindern jegliche Maßnahmen, die zu einer ökonomischen und sozialen Stabilisierung des Landes notwendig wären, wesentlich.

Die Sanktionen sind in ihrer derzeitigen Ausgestaltung völlig ungeeignet, politische Zugeständnisse seitens der syrischen Regierung zu erzwingen.



Christen in Syrien

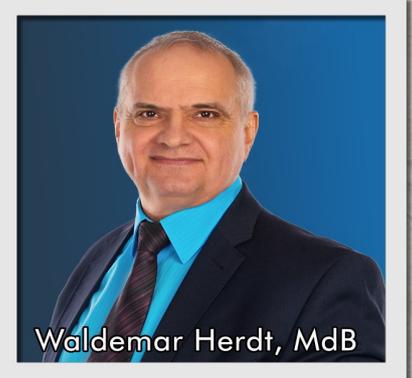
Der Krieg in Syrien hatte besonders dramatische Auswirkungen auf die Lage der im Land lebenden Christen. Nach Ägypten war Syrien bis zum Ausbruch der Revolte im März 2011 das Land mit der größten christlichen Minderheit im Nahen Osten. Dort lebten zwei bis drei Millionen Gläubige. Aktuell ist die christliche Gemeinschaft in Syrien auf ca. 500.000 bis 700.000 Gläubige geschrumpft.

Aufgrund des säkularen Charakters der Arabischen Republik Syrien konnten die Christen bis zum Ausbruch des Krieges ihre Religion relativ frei ausleben. Mit dem Beginn der gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es vermehrt und vordergründig zu Übergriffen verschiedenster Art auf Christen, ihre Wohnorte, Kirchen und Klöster. Militante islamistische Gruppierungen, die versucht haben,



über einen Zeitraum von 8 Jahren einen Gottesstaat im Land zu errichten und in der westlichen Medienlandschaft oft und völlig zu Unrecht als Rebellen betitelt wurden, stellen bis heute die treibende Kraft in der Verfolgung von Christen in Syrien dar. Besonders zynisch erscheint angesichts dieser Tatsache der Umstand, dass die vermeintlichen „Freiheitskämpfer“ aus dem Ausland finanziert, politisch unterstützt und militärisch aufgerüstet wurden. Das dilettantische Agieren der westlichen Staaten ermöglichte erst die exzessiven Kreuzzüge der islamistisch durchsetzten Milizen gegen die christliche Minderheit. Diese Doppelmoral des Westens, die nahezu von allen unsren Gesprächspartnern beklagt wurde, muss endlich abgelegt und eine der Realität entsprechende politische Neuausrichtung an den Tag gelegt werden.

Die Gespräche mit religiösen Würdenträgern wie dem Großmufti von Syrien und dem Patriarchen der Syrisch-Orthodoxen Kirche zeigen, dass das Christentum als integraler Bestandteil der syrischen Kultur und Gesellschaft gesehen wird. Nach wie vor ist der 25. Dezember in Syrien ein offizieller Feiertag. Außerdem fördert der syrische Staat u.a. durch finanzielle Hilfsleistungen die Wiedererrichtung von im Krieg zerstörten Klöstern und Kirchen – ein minimaler Beitrag zum Wiederaufbau des Landes. Die Hauptherausforderung besteht also gegenwärtig darin, eine angemessene Lebensperspektive für die syrische Bevölkerung in ihrer Gesamtheit zu schaffen, den Wiederaufbau durch konkrete Maßnahmen zu fördern und somit außenpolitisch Einfluss auf die Gestaltung einer Nachkriegsordnung zu nehmen.



Waldemar Herdt, MdB



Wohnungsbaupolitik

Liebe Parteifreunde, das Nachkriegs-Syrien hat mich völlig überrascht. Die Menschen, die unter widrigen Bedingungen ihr Leben gestalten müssen, verbreiten trotzdem eine enorme Aufbruchsstimmung, Freundlichkeit und Zuversicht.

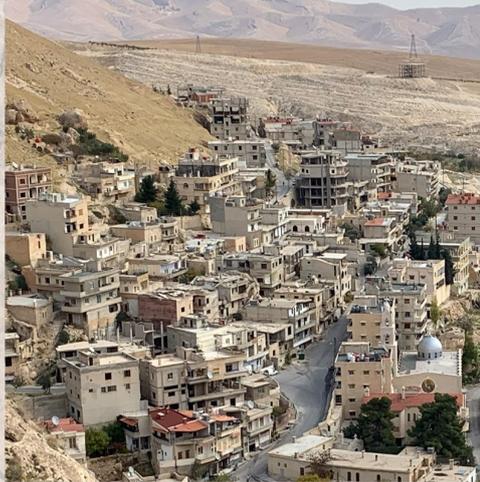
Besonders schwierig ist die Wohnraumsituation. Mehr als 4 Millionen Binnenflüchtlinge und mehr als 5 Millionen Flüchtlinge, die noch in den Nachbarländern oder in Europa leben, brauchen teilweise neue Wohnungen, weil in Syrien kriegsbedingt hunderttausende von Wohnungen unbewohnbar oder zerstört sind.

Und ausgereicht dieses Land belegen UNO und EU mit Sanktionen!

Unsere Aufgabe muss es sein, mitzuhelfen, diese Sanktionen aufzuheben. Wir brauchen wieder ordentliche diplomatische Beziehungen zu Syrien wie zu allen



Udo Hemmelgarn, MdB



anderen Staaten des Nahen Ostens.

Damit in absehbarer Zeit eine geordnete Remigration stattfinden kann, sind folgende Maßnahmen unumgänglich:

- Hilfestellung bei der Schaffung von Wohnraum in wirtschaftlicher, technologischer und logistischer Art und Weise
- Qualifizierung der hier lebenden Syrer für den Aufbau ihres Heimatlandes.

Mit diesen Maßnahmen dürfen wir nicht allzu lange warten, denn der Wiederaufbau wird viel Zeit in Anspruch nehmen.

Wir hoffen natürlich, dass beim Wiederaufbau auch deutsche Firmen beteiligt werden. Schließlich hat Deutschland unter der Bevölkerung ein exzellentes Image!



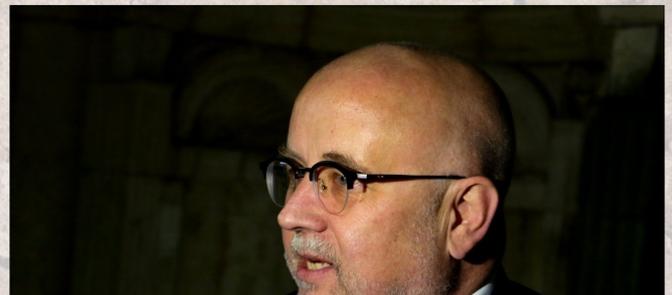
Jürgen Pohl, MdB

Sozialpolitik

Syrien hat in den letzten Jahren für die freie Welt den Kampf gegen die ISIS und die anderen islamistischen Terroristen geführt und gewonnen. Massive Flüchtlingsströme in den arabischen Raum, in den Libanon, Türkei, nach Europa, waren die Folge. Die syrische Republik kann nicht aus eigener Kraft die sozialen Verwerfungen lösen, die der Krieg verursacht hat. Hunderttausende rückkehrende Flüchtlinge, allein aus Deutschland 767 296, brauchen eine soziale Perspektive. Sie brauchen Arbeit, also Lohn und Brot, eine Wohnung und damit auch eine Grundlage für ihre Familien, für Ihre Frauen und Kinder. Allen ist klar, wir müssen denen, die nach Hause gehen, eine Qualifizierung geben und ein wenig Unterstützung, damit sie auf dem heimatischen Arbeitsmarkt Fuß fassen können. Derzeit sind bereits über 17 internationale Organisationen in Syrien, neben den einheimischen Unternehmungen, in diesem Bereich tätig. Deutschland hält sich

vornehm zurück. Deutschland hat nicht einmal seine Botschaft besetzt.

Wir brauchen Infrastruktur in Syrien, Schulen, ausgestattete Krankenhäuser, Bauarbeiter, wir brauchen leistungsbereite Fachleute. Um dies zu erreichen, kann und muss die deutsche Wirtschaft sich in den Wiederaufbauprozess mit einbringen. Wir wissen, die deutsche Wirtschaft steht bereit. Wir wissen, dass ein Großteil der Flüchtlinge die Hilfe annehmen wird und wieder in die Heimat geht. Helfen wir ihnen. Auch in unserem Interesse.





Steffen Kotré, MdB

Energiepolitik

Der Krieg in Syrien ist fast vorbei. Neben einigen lokalen Kampfgebieten stehen lediglich im Nordosten noch Türken und Terroristen. Tatsächlich sind jene Gebiete mit rund 90 Prozent der Bevölkerung vom IS und anderen Terrororganisationen inzwischen befreit. Damaskus ist lebendig, in der Altstadt wird wieder gefeiert. Die Syrer sind vom Westen jedoch enttäuscht. Unter den harten Sanktionen, welche die syrische Regierung treffen sollen, leidet vor allem das normale Volk. Dabei darf man nicht vergessen, dass der Kampf, der dort gegen den islamistischen Terrorismus geführt wird, auch für unsere eigene Sicherheit in Europa von großer Bedeutung ist.

Mit der Politik der Konfrontation und dem Sieg über den IS ist die Zustimmung zum syrischen Präsident Assad gestiegen. Mit Assad zu verhandeln bedeutet letztlich, die Situation für das syrische Volk zu verbessern. Wer dagegen ist, muss sich die Frage gefallen lassen, warum es keine Sanktionen gegen die Türkei, Saudi Arabien oder

Bahrein gibt. Er muss sich fragen lassen, warum er untätig blieb, als der IS und andere Terroristen das syrische Volk bedrohten, sodass erst durch die Hilfe Russlands die Bevölkerung vor der islamistischen Versklavung gerettet werden konnte. Und er muss erklären, warum aktuell niemand gegen die Amerikaner einschreitet, die in den von ihnen besetzten Gebieten eine gewaltige Ölverschmutzung verursachen und die lokale Natur nachhaltig zerstören.

Zusammengefasst wurde unser Besuch in Dankbarkeit aufgenommen - wir waren das Hauptgesprächsthema in Damaskus. Etliche große Tageszeitungen berichteten daher über unsere Delegation direkt auf Seite 2. So kam es auch zu einem kurzen Gespräch mit einem zufällig getroffenen Touristenführer auf dem Marktplatz in Damaskus. Dieser offenbarte uns gegenüber das Gefühl der einfachen Leute: "Wir sind dankbar dafür, dass Sie Syrien nicht vergessen haben und uns helfen wollen." Das ist uns Ansporn, wieder an das einst sehr enge Verhältnis zwischen Deutschland und Syrien anzuknüpfen. Auch heute noch genießt Deutschland hohes Ansehen, weil es im Gegensatz zu allen anderen Ländern keine "militärischen Ziele" (Originalton) in Syrien hat. "Made in Germany" ist immer noch ein herausragendes Qualitätssiegel. Umso schmerzlicher ist es mit anzusehen, wie die Bundesregierung diese Chancen und Möglichkeiten durch die Sanktionspolitik zerstört. Die Menschen in Syrien hoffen darauf, dass sich etwas verändert.



Kontaktgruppe Syrien Büro Frank Pasemann, MdB Platz der Republik 11011 Berlin
frank.pasemann@bundestag.de 030 227 79353

V.i.S.d.P.: Steffen Kotré, MdB, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Kontakt

Berliner Büro

Steffen Kotré, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Leiter: David Eckert

Tel.: 030 227 78357
Fax: 030 227 70356

Cottbusser Büro

Steffen Kotré, MdB
Mühlenstraße 44
03046 Cottbus

Leiter: Benjamin Filter

Tel.: 030 227 78358
Fax: 030 227 70356



www.steffenkotre.de



steffen.kotre@bundestag.de



@St.Kotre



@steffenkotre



@SteffenKotre

V.i.S.d.P.

Steffen Kotré, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Liebe Bürgerinnen, liebe Bürger,

im September 2017 haben Sie mich als Ihren Vertreter in den Deutschen Bundestag entsandt. Seitdem ist viel passiert. Die Alternative für Deutschland wurde durch die Wiederauflage der großen Koalition zur größten Oppositionsfraktion.

Ich selbst gehöre dem Wirtschafts- und Energieausschuss an. Inzwischen wurde ich in unserer Fraktion zum Obmann und Sprecher für diesen Ausschuss bestimmt. Zudem bin ich Vorsitzender der AfD-Landesgruppe Brandenburg, stellvertretender Vorsitzender der Deutsch-Südkaukasischen Parlamentariergruppe und Berichterstatter für internationale Austauschprogramme.

Damit Sie mich auf unserem gemeinsamen politischen Weg weiterhin hautnah begleiten können, werde ich Sie mit meinem Rundbrief auf dem Laufenden halten.

An der Stelle möchte ich Sie dazu ermuntern, mich bei Fragen, Anregungen oder Problemen jederzeit zu kontaktieren. Ich bin für Sie da.

Herzlichst, Ihr

Steffen Kotré